

**RS OGH 1937/11/30 3Ob913/37,  
2Ob583/79, 3Ob143/13w**

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 30.11.1937

## Norm

ABGB §1353

ABGB §1360

ABGB §1416

EO §216 III d

## Rechtssatz

Hat ein Liegenschaftspfandgläubiger das Begehren gestellt, dass der auf seine Forderung entfallende Meistbotsrest nicht auf die Zinsen, sondern in erster Linie zur teilweisen Berichtigung des Kapitals zugewiesen werde, und verlangt er den Ersatz der Zinsen von einem Dritten, der die Haftung für die Zinsenforderung als Bürge und Zahler übernommen hat, so kann er sich nicht zum Nachteil des Bürgen auf den Verteilungsbeschluss berufen; er muss vielmehr die Berechnung gegen sich gelten lassen, die bei Einhaltung der Verteilungsgrundsätze des § 216 EO anzuwenden gewesen wäre.

## Entscheidungstexte

- 3 Ob 913/37

Entscheidungstext OGH 30.11.1937 3 Ob 913/37

SZ 19/317

- 2 Ob 583/79

Entscheidungstext OGH 20.11.1979 2 Ob 583/79

SZ 52/172

- 3 Ob 143/13w

Entscheidungstext OGH 08.10.2013 3 Ob 143/13w

Auch; Beisatz: Ein Liegenschaftspfandgläubiger kann sich daher nicht zum Nachteil eines Bürgen auf den Inhalt des Verteilungsbeschlusses berufen, sondern muss die Verrechnung gegen sich gelten lassen, die bei Einhaltung der Verteilungsgrundsätze der §§ 216 ff EO anzuwenden gewesen wäre. (T1)

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1937:RS0003441

## Im RIS seit

15.06.1997

## Zuletzt aktualisiert am

22.11.2013

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)